GRÜNE BLÄTTER

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN BADEN-WÜRTTEMBERG

Mitgliederzeitschrift Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg · 02.2013

KOMMUNAL-POLITIK IST WICHTIG, WEIL ...

...mitbestimmt werden kann, wie sich Lebensqualität und Miteinander vor Ort nachhaltig gestalten lassen.

Gerlinde Westermayer, Gundelfingen

...die Politik des Gehörtwerdens am besten vor Ort umgesetzt werden kann.

Wolfgang Kaiser, Bad Dürrheim

...Politik im Kleinen, an der Basis unseres Gemeinwesens beginnt. Wir können unmittelbar auf die Gestaltung der Gemeinde Einfluss nehmen.

Barbara Schuler, Gutach

...sie durch ihre Unmittelbarkeit junge Menschen lebenslang für Politik interessieren kann.

Benedikt Maier, Ehingen

...man unmittelbar die Lebensqualität für Kinder und Familien in der eigenen Gemeinde positiv beeinflussen kann.

Fadime Tuncer, Schriesheim

...letztlich die Kommune über gute Bildung entscheidet: Gibt es längeres gemeinsames Lernen, Ganztagesangebote, Schulsozialarbeit und Inklusion?

Dirk Grunert, Mannheim

...die Bürgerinnen und Bürger ihre Vorstellungen und Ideen einbringen und Impulse setzen können. Kommunalpolitik lebt vom persönlichen Engagement und dem direkten Dialog.

Christiane Menges, Schwetzingen

...selbst die globalen Probleme vielfach nur lokal zu lösen sind. Deshalb brauchen wir auch in den Kommunen Politik im Interesse unserer Enkel.

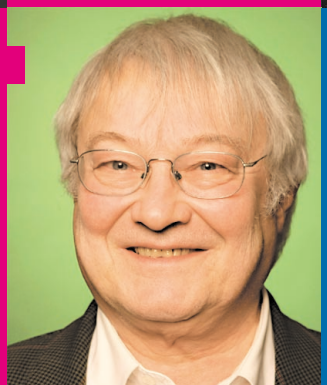
Johannes Schwarz, Calw

...hier vor Ort mit den Menschen im direkten Dialog, aber auch in der persönlichen Auseinandersetzung Grüne Ideen und Ansätze umgesetzt werden können.

Konrad Wiget, Haigerloch

...hier die Grundlagen für Veränderungen in der Gesellschaft im Dialog mit der eigenen Basis und im produktiven Streit mit anderen gelegt werden.

Siegfried Spangenberg, Wangen



...weil Entscheidungen nah an der Lebenswirklichkeit der BürgerInnen getroffen und überprüft werden können. Zukunftsgestaltung wird so konkret.

Dorothee Kraus-Prause, Bad Boll

...wir in der Gemeinde den pulsierenden Zeitgeist spüren können! Was begeistert, was nervt, was fehlt nehmen wir unmittelbar wahr.

Anna Deparnay-Grunenberg, Stuttgart

Auf grüne Kommunen kommt es an

An Selbstbewusstsein mangelte es dem Bürgermeister der kleinen Gemeinde nicht: „Wir hier sind die wahren Grünen!“, betonte er vor versammelter lokalpolitischer Prominenz, als er einen Radweg eröffnete. Da mag man und frau – in Kenntnis seines schwarzen Parteibuchs – schmunzeln. Aber so viel ist klar: Dass viele Lokalpolitikerinnen und Lokalpolitiker sich heute mit grünen Federn schmücken, ist nicht zuletzt ein Ergebnis von mehr als 30 Jahren grüner (Kommunal-)Politik und Überzeugungsarbeit.

Klar ist auch: Grüne Politik, die unser Land ökologischer, sozialer und weltoffener macht, wird auch und vor allem in den Kommunen umgesetzt. Bleiben wir beim Beispiel Radweg. Das Land hat zwar jüngst eine entsprechende Offensive gestartet. Aber letztendlich wird in den Rathäusern und Landratsämtern entschieden, ob es vor und im Ort Vorfahrt fürs Rad gibt – oder für Autos. Wir Grüne setzen uns für ein gut ausgebautes Radwegenetz ein und für einen attraktiven, flächendeckenden öffentlichen Personennahverkehr. Denn das ist wesentlicher Teil des Klimaschutzes. Darüber hinaus sollen neue Formen der nachhaltigen Mobilität gefördert und ausgebaut werden. Stichworte sind etwa E-Mobilität, Car-Sharing oder „intermodale Mobilität“, sprich das intelligente Verknüpfen verschiedener Verkehrsformen. Wir wünschen uns Städte und Gemeinden, die als Modellregionen vormachen, was mit gutem politischem Willen möglich ist. Und der ist umso größer, je mehr Grüne im Gemeinderat und in den Kreistagen mitbestimmen.

Nur mit den Kommunen ist die Energiewende zu stemmen. Es sind vermeintliche „Kleinigkeiten“, die sie dazu beitragen können – Energiesparlampen, verbrauchsarme Fahrzeuge, Photovoltaik. Doch auch bei den großen Energiethemen spielen Kommunen eine zentrale Rolle, etwa bei der energetischen Sanierung ihrer Gebäude und bei der Windkraft. Grün-Rot hat hier die Weichen gestellt, mit dem Windenergie-Erlass und dem Landesplanungsgesetz. Doch der Nachholbedarf ist immens – der Widerstand ebenfalls. Grüne und alternative Räte müssen hier Überzeugungsarbeit leisten.

Große Veränderungen im Kleinen

Wir Grünen setzen uns für einen zügigen Ausbau des Betreuungsnetzes ein, das Land hat die Zuweisungen an die Kommunen kürzlich aufgestockt. Gut ausgestattete Kitas und Kindergärten müssen Bildungseinrichtungen sein, die allen Kindern beste Startchancen ermöglichen. Lange und erfolgreich gekämpft haben wir für die Gemeinschaftsschule. Sie verwirklicht individuelle Förderung und Chancengerechtigkeit. Und sie sorgt dafür, dass die Schule sprichwörtlich im Dorf bleibt. Denn sie bietet die Bildungsstandards von Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien an. Bliebe es beim gegliederten Schulsystem, würde bald nur noch ein Drittel aller Gemeinden über eine weiterführende Schule verfügen – Stichwort demografischer Wandel.

Grün macht sich stark für eine gerechte Kommune, wo Menschen, die von Arbeitslosigkeit und Armut betroffen sind, mit passgenauen Hilfs- und Fördermaßnahmen unterstützt werden. Menschen mit Behinderung werden nicht mehr aus dem öffentlichen Leben verdrängt. Eine grüne Kommune bezieht Bürgerinnen und Bürger stärker in die Planungsprozesse ein und beteiligt sie an den Entscheidungen.

Unser Ziel ist es auch, dass möglichst viele Bevölkerungsgruppen in den Gremien vertreten sind. Wir haben jetzt schon den größten Frauenanteil, viele junge Menschen sowie Migrantinnen und Migranten. Es müssen freilich noch viel mehr werden. Wir fordern das Wahlrecht auch für alle Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürger, die ihren ständigen Wohnsitz hier haben. Denn die Möglichkeit zur politischen Mitwirkung ist wichtige Voraussetzung für die Integration.

Der Gestaltungsspielraum von Kommunen ist enorm, und das soll auch so bleiben! Städte und Gemeinden müssen sich daher auf eine verlässliche Finanzausstattung verlassen können. Denn klar ist: Wir brauchen starke Kommunen für ein starkes Land – und starke Grüne in den Kommunen für ein gerechteres, ökologisches und weltoffeneres Land.

von Thekla Walker und Chris Kühn, Landesvorsitzende

INHALT

Auf grüne Kommunen kommt es an	2
Kommunalpolitik prägt unser Leben	3
Land und Kommunen eng miteinander verbunden	4
„Es ist interessant, wenn Pläne Wirklichkeit werden“	4
„Ich konnte ein Bewusstsein für meine Themen erzeugen.“	5
Demokratie muss erlernt werden	6
Demokratie lebt von Vielfalt	7
Eine neue Grüne Liste	8

Kommunalpolitik prägt unser Leben

„Kommunalpolitik ist langweilig und ich kann ohnehin nichts bewegen – egal wo ich lebe.“ Diesem Vorurteil möchte ich gleich zu Beginn energisch widersprechen. Die Lebensverhältnisse in verschiedenen Städten, Gemeinden und Landkreisen sind sehr unterschiedlich geregelt. Das liegt an der verfassungsmäßig garantierten kommunalen Selbstverwaltung und an den ganz unterschiedlichen Akzenten, die die gewählten Vertreterinnen und Vertreter setzen.

Wer welche Prioritäten hat, zeigt sich besonders, wenn es ans Geldeinnehmen und -verteilen geht – bei den jährlichen Haushaltsberatungen. An den so genannten freiwilligen Aufgaben (siehe Kasten) scheiden sich oft die Geister: Wollen wir ein vielfältiges kulturelles Leben unterstützen? Brauchen wir einen Jugendtreff? Finanzieren wir unsere Bildungseinrichtungen angemessen, so dass sich alle Teilnehmenden die Kursgebühren leisten können? Auch soziale Vereine, Initiativen und Selbsthilfegruppen sind auf freiwillige Zuschüsse und damit das Wohlwollen der Kommunalpolitik angewiesen, denn sie können ihre Angebote oft nur mit Hilfe öffentlicher Gelder aufrecht erhalten.

Darüber hinaus müssen Bürgerinnen und Bürger für die gleichen kommunalen Angebote von Ort zu Ort unterschiedlich viel selbst bezahlen: Die Preise für Kindergartenplätze, Parken oder Schulessen variieren erheblich. Das hängt nicht nur davon ab, wie reich die jeweilige Kommune ist, sondern auch hier haben KommunalpolitikerInnen Einfluss: Sie entscheiden, welcher Bevölkerungsgruppe welche Belastungen zugemutet werden. Scheinbar trockene Gebührendebatten haben daher immer auch sozialpolitische und gesellschaftspolitische Aspekte.

Wofür geben wir Geld aus?

Bei den so genannten Pflichtaufgaben geht es nicht um das „Ob“ sondern um das „Wie“. Die Kommunen sind also an bestimmte Vorschriften gebunden, haben bei der Ausgestaltung aber einen Ermessensspielraum. Gemeinderatsmitglieder können zum Beispiel entscheiden, ob Schulen energetisch saniert werden oder ob Barrierefreiheit im öffentlichen Wegenetz eine Rolle spielen soll. Es liegt auch in der Macht der Kreistage, ob die Jugendhilfe sehr früh einsetzende Hilfen für Kinder und Familien anbietet oder ob sie die Probleme erst angeht, wenn massives Eingreifen unabweisbar wird.

„Bauleitplanung“ klingt zwar zunächst sehr technokratisch, bietet aber vielfältige Gestaltungschancen. Hier haben Gemeinderätinnen und Gemeinderäten die Möglichkeit, das Aussehen und die Struktur ihres Ortes zu prägen. Sie legen Windkraftstandorte ebenso fest wie Einkaufs-, Wohn- und Gewerbemöglichkeiten. Sie entscheiden sich für weiteren Flächenverbrauch im Außenbereich und zusätzlichen Verkehr oder für Innenentwicklung und lebendige Ortskerne.

Die kommunalen Gremien entscheiden auch darüber, welche politischen Informations- und Beteiligungsmöglichkeiten es für die Einwohnerinnen und Einwohner gibt. Die Gemeinderats- oder Kreistagsunterlagen sind zum Beispiel dann öffentlich zugänglich, wenn der Rat das so beschlossen hat. Wie regelmäßig Bürgerversammlungen einberufen werden, liegt ebenfalls in der Hand des Gemeinderates. Diese große Fülle von Zuständigkeiten macht die Kommunalpolitik nicht nur wichtig, sie macht sie auch interessant und abwechslungsreich.

Sabine Schlager ist Geschäftsführerin der kommunalpolitischen Vereinigung Grüne und Alternative in den Räten von Baden-Württemberg (GAR) und Kreisrätin in Tübingen.

Kommunale Zuständigkeiten

Freiwillige Aufgaben	Pflichtaufgaben	Übertragene Aufgaben
Kulturförderung (Theater, Konzerte, Museen, Büchereien)	Abwasserbeseitigung Wasserversorgung	Meldebehörde
Volkshochschulen Musikschulen	Konzessionsvergabe zur Stromversorgung	Standesamt
Sportförderung Schwimmbäder	Müllbeseitigung	Wahlen vorbereiten und durchführen
Offene Jugendarbeit Schulsozialarbeit	Bauleitplanung	Ortspolizei, Verkehrslenkung, Tempobeschränkungen
Unterstützung von sozialen Initiativen und Selbsthilfegruppen	Straßenbau, Straßenunterhalt, Straßenbeleuchtung	Ausländerbehörde
Suchtprävention	Feuerwehr	Wohngeldstelle
Gleichstellungsarbeit	Nahverkehrsplanung	Arbeitslosengeld II zusammen mit Agentur für Arbeit
Angebote für Seniorinnen und Senioren	Friedhöfe	Stadtmessung
Kommunales Krankenhaus	Schulbau	Gewerbeaufsicht Lebensmittelüberwachung
Parkhäuser	Kindertageseinrichtungen	Bauaufsicht
Wirtschaftsförderung	Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung	Gesundheitsaufsicht
...	Jugendhilfe	Forstverwaltung
	Sozialhilfe Grundsicherung im Alter	...
	Asylbewerberunterbringung	
	...	

Land und Kommunen: Eng miteinander verbunden

Zwischen der Landes- und Kommunalpolitik gibt es vielfältige Beziehungen. Ob es um die engen Finanzbeziehungen, die Bildung, die Kinderbetreuung, die Energiewende, den Nahverkehr oder die Landesstraßen geht – in nahezu allen Themenfeldern der Landespolitik gibt es Berührungspunkte mit den Kommunen.

Viele unserer Landtagsabgeordneten sind über die Kommunalpolitik in die Landespolitik gekommen und haben zum Teil auch heute noch ein Mandat in ihrem Gemeinderat oder im Kreistag. Diese Erfahrungen sind für unsere politische Arbeit als Regierungsfraktion sehr wertvoll, da die Abgeordneten genau wissen, wie sich landespolitische Entscheidungen auf die Kommunen auswirken. Und umgekehrt: Sie bringen aus ihrer Praxis vielfältige Verbesserungsvorschläge ein, die wir in Regierungsverantwortung nun entschlossen angehen. Das gilt besonders für die Änderung der Gemeindeordnung und die Verbesserung der direkten Demokratie und Bürgerbeteiligung.

Eine besonders enge Verzahnung zwischen Land und Kommunen besteht in der Finanzpolitik. Mit dem kommunalen Finanzausgleich entscheidet das Land maßgeblich über die Finanzausstattung der Kommunen. Dies geschieht über zweckgebundene Zuschüsse für laufende Aufgaben wie den Schulbetrieb, Sportstätten, Straßen und Radwege, Krankenhäuser, Schwimmbäder, Feuerwehr und Ortskernsanierungen. Die Höhe der Zuschüsse wird pro Kopf berechnet. Insgesamt erhalten die baden-württembergischen Städte, Gemeinden und Landkreise für laufende Kosten, Investitionen und weitere Aufgaben etwa zehn Milliarden Euro.

Was Grün-Rot für die Kommunen bereits getan hat...

Grün-Rot hat die Kürzung des kommunalen Finanzausgleichs von der schwarz-gelben Vorgängerregierung um insgesamt 50 Millionen Euro zurückgenommen. Damit bleibt den Kommunen mehr Geld für ihre Aufgaben.

Die Kommunen erhalten seit 2012 zusätzlich 315 Millionen Euro im Jahr für den Ausbau der Kleinkindbetreuung. Ab 2014 steigt das Land auf eine pauschale Förderung um. Dies bringt den Kommunen Planungssicherheit.

Die Kommunen bekommen für die Sprachförderung in Kindertageseinrichtungen elf Millionen Euro pro Jahr. Darüber hinaus übernimmt das Land nun ein Drittel der Kosten für die Schulsozialarbeit.

Mit der Änderung des Landesplanungsgesetzes können die Kommunen über die Flächennutzungspläne die Ansiedlung von Windkraftanlagen selbst steuern.
Durch die Gemeindeverkehrsfinanzierung übernimmt das Land künftig nicht nur 40 Prozent, sondern 60 Prozent der Kosten für den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs und des Radwegebaus.
Für eine bessere Ausstattung der Krankenhäuser haben wir 2011 zusätzlich 50 Millionen Euro für Investitionen bewilligt. 2012 kamen weitere 45 Millionen Euro hinzu.

Mit dem ersten Nachtragshaushalt 2013/2014 hat der Landtag für die Stadt- und Landkreise zusätzliches Geld für die Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen bereitgestellt. Die Zuweisungen an die Stadt- und Landkreise wurden um 30 bis 40 Millionen Euro bedarfsgerecht erhöht.

Mit der am 11. April 2013 beschlossenen Änderung des Kommunalwahlrechts dürfen Jugendliche ab 16 Jahren in Baden-Württemberg künftig (Ober-)Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die Gemeinderäte und Kreistage, die Stuttgarter Regionalversammlung und Ortschaftsräte mitwählen.

Andreas Schwarz (MdL) ist stellvertretender Vorsitzender der Grünen Landtagsfraktion. Er ist seit 17 Jahren in der Kommunalpolitik aktiv und Vorsitzender der kommunalpolitischen Vereinigung GAR.

„Es ist interessant, Pläne Wirklichkeit

Ingrid Grischtschenko ist seit 29 Jahren kommunalpolitisch engagiert – in der Gemeinde Leinfelden-Echterdingen, im Kreis Esslingen und bei der Region Stuttgart. Wir haben sie nach ihren Erfahrungen in der Kommunalpolitik gefragt.

Grüne Blätter: **Wieso bist Du in die Kommunalpolitik eingestiegen?**
Ingrid Grischtschenko: In der Bürgerinitiative gegen den Flughafenausbau in Stuttgart (heute: Schutzgemeinschaft Filder) hatten wir schon gemerkt, dass ohne die gewählten Gremien der Gemeinden kein Staat und kein Widerstand zu machen war. Eine 1979 gewählte Grünen-Stadträtin brauchte Verstärkung im Gemeinderat, so kam ich auf die Liste.

GB: **Welche Themen haben Dich in Deinen Anfangsjahren bewegt, welche sind es heute?**
Ingrid Grischtschenko: Die bunte Themenvielfalt einer Kommune: Hallenneubau, Grundstücksgeschäfte und Kanalsanierung haben wir um „Atomwaffenfreie Zone Leinfelden-Echterdingen“ und „Kampf dem Waldsterben“ erweitert. Heute stellen wir Grünen den Sozialbürgermeister, mit dem zusammen wir die Schullandschaft umbauen und den öffentlichen Nahverkehr in den Vordergrund rücken.

GB: **Die Grünen haben schon immer quotierte Listen. Warum ist es wichtig, dass Frauen Kommunalpolitik machen?**
Ingrid Grischtschenko: Wir Grünen haben mit dem Reißverschluss Geschichte geschrieben. Nachgemacht wird dieses Prinzip aber nicht automatisch. In der grünen Regionalfraktion sind wir sieben Frauen von 16 Mitgliedern, in der ganzen Versammlung nur 19 von 91. In der Kommunalfraktion sind vier von fünf Frauen. Das Potential wird auf beiden Seiten unterschätzt. Männer, die nicht genau wussten, in welche Klasse ihre Kinder gehen, stimmen im Gemeinderat für die städtische Kinderbetreuung und entdecken die Eigenbetreuung ihrer Enkel. Und Frauen

wenn
werden“

entdecken in Aufsichtsräten, dass sie vieles hinterfragen und dass nicht alle Männer fachlich gut sondern nur besser vernetzt sind.

„Kommunalpolitik ist Bürgerbeteiligung“

GB: Kommunalpolitik ist sehr viel Arbeit. Was antwortest Du Leuten, die sagen: „Für mich aus zeitlichen Gründen nicht leistbar“?

Ingrid Grischtschenko: Mit zwei Abenden in der Woche muss man schon rechnen. Und mehr geht immer. Ich bin im Technischen Ausschuss und finde es interessant, wenn Pläne Wirklichkeit werden. Man ist einfach nah dran. Zusammenhänge werden klar: Je mehr das Land für die Kinderbetreuung gibt, desto weniger muss die Kommune beisteuern. Oder: Was machen wir, wenn es kein Geld mehr fürs Museum gibt?

GB: Welchen Tipp hast Du als erfahrene Kommunalpolitikerin für Neueinsteigerinnen und Neueinsteiger?

Ingrid Grischtschenko: Qualifiziert sind alle, die sich über etwas aufregen können und etwas anders und besser machen wollen. Kommunalpolitik ist Bürgerbeteiligung. Etwas Lebenserfahrung und Geduld sind hilfreich. Aber auch ich habe erst gewusst, was ein Gemeinderat ist, als ich drin war.

Alte Hasen und junge Hüpfer in der Kommunalpolitik

„Ich konnte ein Bewusstsein für meine Themen erzeugen“

Shammi Singh ist 24 Jahre alt sitzt seit 2009 Jahren im Gemeinderat von Ditzingen. Damit ist er eines von vier Grünen Mitgliedern im Gremium – und der Jüngste im Rat. Im Interview erklärt er, wie das so ist.

Grüne Blätter: Was hat Dich bewogen, Gemeinderat zu werden?

Shammi Singh: Ich habe meine Kandidatur dem Zufall zu verdanken. Ich hatte mich nach einer Grünen Jugend in Ditzingen umgehört und erfahren, dass es keine gibt. Zwei Jahre später war meinen Fraktionskollegen die Anfrage noch im Kopf. Da ich mich auch zu diesem Zeitpunkt politisch engagieren wollte, fand ich mich kurze Zeit später auf der Grünen Liste Ditzingen.

GB: Welche Themen liegen Dir besonders am Herzen?

Shammi Singh: In Ditzingen besteht seit mehreren Jahren ein Diskurs zur Schulentwicklung, da die beiden Grundschulen zusammengelegt werden. Dieses Thema hat in mir das Bewusstsein für die Wichtigkeit einer guten und durchdachten Bildungslandschaft in einer Kommune erzeugt. Auch die Neugründung der Stadtwerke Ditzingen liegt mir sehr am Herzen, da wir nun selbst unseren Teil zur Energiewende beitragen können.

Ab der ersten Sekunde voll dabei

GB: Hast Du den Eindruck, dass du etwas bewegen kannst?

Shammi Singh: Auf jeden Fall! Ende letzten Jahres wurde mein Antrag zur Gründung eines Jugendgemeinderates abgesegnet. Auch mit Anfragen zu Themen, wie Migration und Jugendsozialarbeit konnte zumindest ein Bewusstsein bei den anderen Stadträten erzeugt werden. Aber man merkt auch, dass es Grenzen gibt, die durch mangelnde Finanzkraft oder politische Differenzen entstehen.

GB: Du bist der Jüngste im Gremium, die anderen Mitglieder sind in der Regel wesentlich älter als du. Ist es schwer, sich da durchzusetzen und ernst genommen zu werden?

Shammi Singh: Das Klima im Ditzinger Gemeinderat würde ich als konstruktiv beschreiben. Am Anfang war es ein wenig schwierig, mich zu behaupten. Bei den letzten zwei Haushaltsberatungen konnte ich mir aber durch meine Reden Respekt verschaffen. In meiner Fraktion war das von Anfang an kein Problem. Ab der ersten Sekunde war ich eingebunden und an allen Entscheidungen beteiligt.

GB: Welchen Tipp hast Du für junge Neueinsteigerinnen und Neueinsteiger?

Shammi Singh: Ruhig und gelassen an das Mandat herantreten. Am Anfang wirkt alles unübersichtlich und man bekommt einen riesigen Input. Aber man hat immer die Möglichkeit, seine Fraktionskollegen zu fragen, falls man sich unsicher ist. Gleichzeitig sollte man sich nicht unterbuttern lassen und sich für die Themen einsetzen, die einem selbst wichtig sind.

Änderungen im Kommunalwahlrecht

Das Mindestalter für das aktive Wahlrecht bei kommunalen Wahlen wird auf 16 Jahre abgesenkt. Die 16- und 17-Jährigen werden auch hinsichtlich der sonstigen Rechte und Pflichten nach der Gemeindeordnung und der Landkreisordnung (mit Ausnahme des passiven Wahlrechts) den volljährigen BürgerInnen und KreiseinwohnerInnen gleichgestellt. Neben dem aktiven Wahlrecht bei Gemeinderats-, Kreistags- und Bürgermeisterwahlen erhalten 16-Jährige auch die Möglichkeit, an Bürgerbegehren, Bürgerentscheiden und Bürgerversammlungen teilzunehmen. Dadurch entwickeln junge Menschen ein Verständnis für demokratische Abläufe und lernen, sich eine politische Meinung zu bilden. Sie machen früher die Erfahrung, dass sie mitbestimmen können und auch ihre Meinung zählt.

Bei der Partizipation von Frauen in der Politik liegt Baden-Württemberg nach fast 60 Jahren CDU-Regierung im Bundesvergleich an letzter Stelle. Der Frauenanteil in politischen Gremien verharrt seit Jahrzehnten auf einem extrem niedrigen Stand. Durch die Novellierung des Kommunalwahlgesetzes machen wir einen ersten Schritt, um das zu ändern: „Männer und Frauen sollen gleichermaßen bei der Aufstellung eines Wahlvorschlags berücksichtigt werden. Dies kann insbesondere in der Weise erfolgen, dass bei der Reihenfolge der Bewerberinnen und Bewerber in den Wahlvorschlägen Männer und Frauen abwechselnd berücksichtigt werden. Die Beachtung der Sätze 1 und 2 ist nicht Voraussetzung für die Zulassung eines Wahlvorschlags."

Das Berechnungsverfahren für die Sitzverteilung in den kommunalen Gremien wird von d'Hondt auf das Höchstzahlverfahren nach Sainte-Laguë/Schepers umgestellt. Dieses Verfahren ist gerechter und benachteiligt nicht länger kleine Parteien bei der Umrechnung der Wählerstimmen in Mandate.

Die Möglichkeit, bei Kreistagswahlen in zwei Wahlkreisen zu kandidieren, wird wieder abgeschafft.
Die Lex-FDP hat ausgedient!

Demokratie muss erlernt werden

Das aktive Wahlrecht ab 16 Jahren ist in der Bundesrepublik Deutschland noch relativ jung. 1996 führte es Niedersachsen als erstes Bundesland auf Kommunalebene ein und zuletzt ist Baden-Württemberg dazu gekommen. Damit können inzwischen in der Hälfte der Bundesländer Jugendliche ab ihrem 16. Geburtstag ihre Stimme bei Kommunalwahlen abgeben – außerdem noch in Brandenburg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein.

Auf Landesebene ist das bisher nur in Brandenburg und Bremen möglich. In keinem der Länder besitzen 16-Jährige das passive Wahlrecht, das heißt, dass sie zwar wählen aber nicht kandidieren dürfen, zum Beispiel als Gemeinderatsmitglied.

16-Jährige sind nicht schlechter informiert

Ein Hauptargument für das Wahlrecht ab 16 Jahren ist, junge Menschen stärker für Politik zu interessieren und sie so früh wie möglich an demokratischen Prozessen zu beteiligen. Nur gelebte Demokratie ist gute Demokratie. Mit 16 beginnen Jugendliche vielleicht eine Ausbildung, bezahlen bei entsprechendem Verdienst Steuern, sind straf- und religionsmündig – das Recht zu wählen wird ihnen jedoch meist noch vorenthalten. Die CDU und die FDP gehören zu den stärksten Gegnern eines Wahlrechts ab 16. Jugendliche seien in diesem Alter noch nicht in der Lage, die komplexen Zusammenhänge der politischen Arbeit zu verstehen, könnten die Rechtsfolgen ihrer Handlungen nicht abschätzen und seien anfälliger für den Einfluss von Extremisten. Allen drei Gegenargumenten könnte man durch gezielte Informationen an Schulen sowie Jugendeinrichtungen und gezielte Wahlkampagnen entgegenwirken. Es gibt auch keinen statistischen Nachweis, dass 16-Jährige schlechter informiert seien als 18-Jährige. Zudem ist der Anteil der 16- und 17-jährigen Neuwähler nicht so hoch, dass politische Umstürze befürchtet werden müssen: Er liegt je nach Region zwischen 1,5 und 3,5 Prozent der Wahlberechtigten. Auf Bundesebene gibt es momentan keine Bemühungen seitens der Regierung, das Wahlalter herabzusetzen. Und wie sieht es in Baden-Württemberg aus?

Am 6. November 2012 hat das Kabinett der grün-roten Regierung die Absenkung des aktiven Wahlalters für Gemeinderats-, Kreistags- und Bürgermeisterwahlen, sowie für Bürgerentscheide auf 16 Jahre auf den Weg gebracht. Durch den Beschluss des Landtags am 11. April 2013 ist das nun Realität geworden. Bei der Kommunalwahl 2014 profitieren rund 216.000 junge Menschen im Südwesten von der Absenkung des Wahlalters, das entspricht knapp drei Prozent der Gesamtwählerschaft.

216.000 Jugendliche dürfen 2014 wählen

Die Vorteile sind offensichtlich: Wenn Jugendliche früher mitentscheiden dürfen, sind politische Verantwortungsträger gezwungen, sich stärker an ihren Interessen zu orientieren. Mit der Senkung des Wahlalters auf allen politischen Ebenen ist es möglich, junge Menschen stärker für Politik zu begeistern und ihr Recht auf demokratische Teilhabe zu stärken. Durch die Absenkung wird erreicht, dass junge Menschen frühzeitig in demokratische Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Dafür ist die Kommunalebene besonders geeignet. Durch Partizipationsmöglichkeiten für Jugendliche auf Kommunalebene, wie den Jugendgemeinderäten, können Jugendliche an Politik herangeführt werden. Es ist wichtig, dass Kinder und Jugendliche schon vor der Volljährigkeit die Möglichkeit haben, aktiv am politischen Leben mitzuwirken. Nur so wird ein Nährboden für eine gute demokratische Kultur geschaffen.

Dilnaz Alhan ist Jugendgemeinderätin in Böblingen und Vorsitzende des Dachverbands der Jugendgemeinderäte Baden-Württembergs. Damit vertritt sie rund 1500 aktive Jugendräte in mehr als 70 landesweiten Gremien.

Demokratie lebt von Vielfalt

Das Ergebnis der letzten Kommunalwahl im Jahr 2009 ist eindeutig: Männer über 40 prägen landauf, landab die Kommunalpolitik. In den baden-württembergischen Kreistagen stellen Frauen lediglich einen Anteil von 16 Prozent und in den Gemeinderäten sieht es mit 22 Prozent nicht viel besser aus.

Mit Blick auf eine bunte, lebendige Demokratie vor Ort ist das Ergebnis bestürzend. Der Frauenmangel in den kommunalen Räten wirft grundlegende Probleme auf. Es fehlen die Sichtweisen von Frauen. Ob es um den Ausbau der Kinderbetreuungsplätze oder Vergabekonzepte im sozialen Wohnungsbau geht, um Verkehrsplanung, Wirtschaftsförderung oder Finanzpolitik – die Sichtweise der Hälfte der Bevölkerung fehlt.

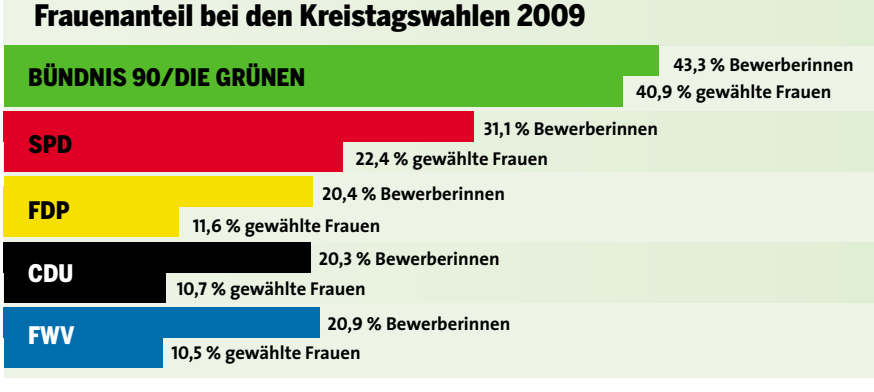
Wenn Frauen sich aber engagieren und gewählt werden, dann treffen sie häufig auf eine Debattenkultur, die so aussieht: In männerdominierten Gremien beziehen sich Männer häufiger auf Argumente von anderen Männern, reden meist länger als Frauen und geben Stellungnahmen ab, auch wenn sie keine neuen Argumente beinhalten. Frauen fällt es da meist schwerer, wahrgenommen zu werden: Sie lassen sich schneller verunsichern und ziehen Anträge und Änderungsvorschläge häufiger zurück. Seit jeher haben sich immer wieder einzelne starke Frauen in kommunalen Gremien durchgesetzt. Gleichberechtigung von Männern und Frauen bedeutet aber, dass alle dieselben Bedingungen vorfinden. Eine gleichberechtigte Debattenkultur wird erst mit einer kritischen Masse von Frauen erreicht. Die Forschung spricht gewöhnlich von mindestens 30 Prozent.

Am schwersten wiegt jedoch das Argument der politischen Teilhabe. Wenn Frauen nicht in Gemeinderäten und Kreistagen sitzen, verzichten sie auf eines der wichtigsten demokratischen Rechte: Einmischung in die Ausgestaltung öffentlicher Angelegenheiten. Frauen verzichten freiwillig, weil sie sich lieber anderweitig ehrenamtlich engagieren; oder sie werden dazu gedrängt, weil ihre männlichen Kollegen sich für geeigneter halten. Beide Phänomene müssen wir im Blick haben, wenn wir die Hälfte der Macht für Frauen fordern.

Der Reißverschluss macht den Unterschied

So bestürzend die Statistiken zur Frauenbeteiligung sind, so eindeutig und einfach zeigen die Zahlen die Lösung auf. Unsere gute Grüne Praxis des Reißverschlussverfahrens bei den Listenbesetzungen macht den Unterschied. 43,5 Prozent der Grünen in den Gemeinderäten und 40,9 Prozent der Grünen in den Kreistagen sind Frauen. Das sind mit Abstand die höchsten Frauenanteile im interfraktionellen Vergleich. Frauen in den SPD Fraktionen machen 32,1 Prozent in den Gemeinderäten und 22,4 Prozent in den Kreistagen aus.

Aber wie kann das sein? Bei den Kandidaturen ist der Unterschied zwischen den Fraktionen gar nicht so groß. Die SPD hat mehr als 30 Prozent Kandidatinnen für die kommunalen Gremien; CDU und FDP mehr als 20 Prozent. Bei den Grünen liegt der Prozentsatz über 40. Grüne verlieren bei den Wahlen am wenigsten weibliche Prozentpunkte. Daraus folgt: Der Listenplatz ist entscheidend! Frauen auf hinteren Plätzen werden weniger gewählt. Es geben eben viele die Wahllisten unverändert ab oder die Liste wird von oben nach unten angekreuzt. „Die Parteien und Wählervereinigungen werden sich ja schon was bei der Aufstellung gedacht haben“, denken viele. Die jüngste Gesetzesänderung hat eine Soll-Regelung für das Reißverschlussverfahren bei den Listenaufstellungen eingeführt. Deren Beachtung ist freiwillig. Wer allerdings wirklich mehr Frauen in den kommunalen Räten haben will, muss die Wahllisten abwechselnd mit Frauen und Männern besetzen. Gleiches Recht auf politische Teilhabe setzt gleiche Chancen für Männer und Frauen auf aussichtsreiche Listenplätze voraus.



Uli Baumgärtner ist Vorsitzende der Tübinger Stadtratsfraktion und Sprecherin der Landesarbeitsgemeinschaft Frauenpolitik. Außerdem ist sie Mitglied des Landesvorstands und frauenpolitische Sprecherin des Grünen Landesverbandes. Sie lebt mit ihrer Familie in Tübingen, und promoviert in Politikwissenschaft in St. Gallen.

Service rund um die Listenaufstellung

Im GAR-Büro stehen Sabine Schlager und Hannes Krapp bei Anfragen rund um die Kommunalwahl 2014 gerne zur Verfügung.
Kontakt: gar@gar-bw.de oder 0711/ 99359-90.

Auf der GAR-Homepage www.gar-bw.de gibt es unter „Kommunalwahlen 2014“ ein FAQ mit den wichtigsten Fragen rund um Listengründung und Nominierung. Zusätzlich wird es eine Neuauflage des bewährten Kommunalwahlreaders geben sowie ein Step-by-Step für den Gemeinderat, Ortschaftsrat und Kreistag als Leitfaden für die Nominierungsversammlungen.

IMPRESSUM:

Herausgeber:
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Baden-Württemberg
Königstraße 78 · 70176 Stuttgart
Telefon 0711-99 35 90
Telefax 0711-99 35 999
landesverband@gruene-bw.de
www.gruene-bw.de

Redaktion:
Danyal Bayaz, Julia Ebling,
Patrick Klaiber, Florian Krebs,
Christina Schindler, Heike Wagner,
Dirk Werhahn

Mitarbeit:
Julia Link, Carsten Preiss

Bildnachweis:
Seite 2: © scusi – fotolia.com
Seite 5: cc hjhiopster – flickr.com

Layout&Satz:
gerhard@fontagnier.de

Druck:
auf Umweltpapier bei Dierichs
Druck+Media GmbH & Co KG, Kassel
(Auflage 9.500 Exemplare)

Eine neue Grüne Liste

Zehn Jahre lang war Bad Schönborn ein weißer Fleck auf der Landkarte der Grünen Ortsverbände. Eine Handvoll Engagierte rund um die Kreisrätin Birgit Rösner haben den Schwung der Landtagswahlen 2011 genutzt, um neue Mitglieder zu werben und damit am 11. März 2011 den Ortsverband zu gründen. 21 Prozent der gültigen Stimmen für die Grünen bei der Landtagswahl waren ein erster Zwischenerfolg. Nach der Bundestagswahl im Herbst wird das nächste Ziel sein, nach fünfzehn Jahren 2014 wieder in den Gemeinderat von Bad Schönborn einzuziehen.

Wie sind wir bisher vorgegangen?

Bewährt haben sich regelmäßige Termine, wie Stammtische und sie über das Mitteilungsblatt der Gemeinde zu veröffentlichen. Wir laden dazu auch gezielt Einwohner ein, die sich für ein Anliegen im Ort engagieren, beispielsweise für das Familienzentrum. Wir treffen uns rund zehnmal im Jahr. Zusätzlich organisieren wir Ausflüge oder beteiligen uns an Ausflügen anderer Ortsverbände. Immer wieder tauchen neue Einwohner bei den Treffen auf. So konnten wir kontinuierlich die Liste der Interessierten auf knapp 100 erweitern. Zurzeit haben wir zwölf Mitglieder im Ortsverband sowie zwei Mitglieder der Grünen Jugend.

Wie stellen wir eine gute Liste für die Gemeinderatswahl auf?

Wichtig ist, dass wir nicht nur eine gute Liste sondern auch ein Programm als Alternative zu den etablierten Fraktionen im Gemeinderat aufstellen. Dieses Programm wollen wir zusammen mit den KandidatInnen und Interessierten erstellen.

Wie gehen wir vor, um 22 gute KandidatInnen bis Januar 2014 zu finden?

Naheliegend ist es, die Mitglieder zu bitten, sich zu bewerben. Weitere Quellen sind die Liste der Interessierten, der eigene Freundes- und Nachbarschaftskreis sowie gezielt EinwohnerInnen anzusprechen, die sich bereits in der Gemeinde engagieren. Das persönliche Gespräch ist dabei das Mittel der Wahl. Es gibt auch vereinzelt EinwohnerInnen, die sich von sich aus melden, etwa weil sie von der bisherigen Partei enttäuscht sind. Bad Schönborn hat sich in den letzten zehn Jahren stark gewandelt: Bei der Wahl des neuen Bürgermeisters 2011 hat sich ein Auswärtiger mit SPD-Parteibuch gegen den CDU-Kandidaten in deren Hochburg durchgesetzt. Was in Bad Schönborn möglich ist, ist überall im Land möglich: Wir wünschen uns daher, dass sich Engagierte finden, die die restlichen weißen Flecken auf der Landkarte begrünen. Eine Handvoll Engagierte, unterstützt vom Kreis- und Landesverband, genügen!

Birgit Rösner, Felix Harling und Jürgen Ungerer für Bündnis 90/Die Grünen Bad Schönborn: Mehr über die Grüne Welle auf www.gruene-badschoenborn.de und auf Twitter@GruenesBad.

menschenkette
gegen rechts 06.07.13

Hand in Hand für mehr Toleranz im Land –
am **SA, 06.07.2013,** von Heilbronn bis Bietigheim-Bissingen.
www.menschenkette-gegen-rechts.de | /menschenkettegegenrechts